

HESSEN



Hessisches Ministerium für Umwelt,
Klimaschutz, Landwirtschaft und
Verbraucherschutz



SACHSEN-ANHALT

Ministerium für
Umwelt, Landwirtschaft
und Energie



LAND
BRANDENBURG

Ministerium für Landwirtschaft,
Umwelt und Klimaschutz



Schleswig-Holstein
Ministerium für Energiewende,
Landwirtschaft, Umwelt, Natur
und Digitalisierung



Senatsverwaltung
für Justiz, Verbraucherschutz
und Antidiskriminierung

Die Senatorin für Klimaschutz,
Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung
und Wohnungsbau



Freie
Hansestadt
Bremen



Rheinland-Pfalz

MINISTERIUM FÜR UMWELT,
ENERGIE, ERNÄHRUNG
UND FORSTEN

STAATSMINISTERIUM
FÜR ENERGIE, KLIMASCHUTZ,
UMWELT UND LANDWIRTSCHAFT



Freistaat
SACHSEN

Freistaat
Thüringen



Ministerium
für Umwelt, Energie
und Naturschutz



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR UMWELT, KLIMA UND ENERGIEWIRTSCHAFT



Hamburg

Behörde für
Umwelt und Energie

DIE MINISTERINNEN UND MINISTER

Präsidentin der Europäischen Kommission
Ursula von der Leyen
Rue de la Loi / Wetstraat 200
1049 Brussel
Belgium

28. April 2020

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Frau von der Leyen,

die Pandemie COVID-19 stellt uns vor große Herausforderungen. Wir begrüßen Ihren Aufruf zur Solidarität und europäischen Zusammenarbeit und Ihr Bekenntnis,

unsere Volkswirtschaften nachhaltiger und widerstandsfähiger zu gestalten, um auf zukünftige Krisen besser vorbereitet zu sein.

Wir unterstützen den Aufruf der UmweltministerInnen aus 17 EU-Mitgliedsstaaten, bei der Planung der wirtschaftlichen Wiederbelebnungsmaßnahmen den European Green Deal in den Mittelpunkt zu stellen. Dieser beschreibt eine grüne Wachstumsstrategie, die es ermöglicht, die Wirtschaft anzuregen und gleichzeitig Arbeitsplätze zu schaffen sowie die grüne Transformation effektiv voranzutreiben. Wir sind überzeugt, dass der Versuchung widerstanden werden muss, schwierige Transformationsprozesse angesichts der Krise auf die lange Bank zu schieben.

Selbstverständlich müssen politische Vorhaben und Prioritäten in der aktuellen Situation neu bewertet und unter Umständen angepasst werden. Dies ist auch auf regionaler Ebene der Fall.

Allerdings erfüllen uns Meldungen mit Sorge, dass die EU-Kommission erwägt, einige wichtige Initiativen des European Green Deals, wie beispielsweise die Strategie „Vom Hof auf den Tisch“, zu verschieben.

Insbesondere in der aktuellen Krise werden uns die Schwächen unserer bisherigen Landwirtschaftspolitik vor Augen geführt. Lange Transportwege für landwirtschaftliche Produkte führen zu Problemen an innereuropäischen Grenzen und bedrohen so die Versorgungssicherheit. Gleichzeitig müssen große Mengen von Agrarprodukten zu hohen Kosten eingelagert werden nachdem externe Märkte wegbrachen. Daher müssen wir jetzt die Debatte über eine nachhaltigere Landwirtschaft sowie regionale Vermarktungsstrukturen für unsere landwirtschaftlichen Produkte führen und Lösungen finden. Vor dem Hintergrund, dass die Beratungen für die Gemeinsame Agrarpolitik und den Mehrjährigen Finanzrahmen an Fahrt aufnehmen, halten wir es für geboten, diese Initiative aus dem Green Deal schnellstmöglich zu beraten. Die Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ muss in die Verhandlungen einfließen, damit die dringend notwendige Neuausrichtung auf eine nachhaltigere und widerstandsfähigere Landwirtschaft in Europa nicht für Jahre durch bereits getroffene Festlegungen behindert wird.

Auch die Biodiversitätsstrategie ist eng verknüpft mit dem Erfordernis einer nachhaltigeren Landwirtschaft, die u.a. den Eintrag von Pestiziden und Düngemitteln in die Umwelt reduziert. Hier bedarf es eines Zeitplans, der nicht abgekoppelt werden kann von den Verhandlungen zur zukünftigen Gemeinsamen Agrarpolitik.

Wir sind überzeugt, dass eine nachhaltige Landwirtschaftspolitik zum Wohl von Bäuerinnen und Bauern, Tieren und der Umwelt ein zentraler Grundstein für den wirtschaftlichen Aufschwung ist.

Die Bemühungen der europäischen Kommission bei Amtsantritt die Umweltpolitik in den Vordergrund zu stellen, begrüßen wir ausdrücklich. Wir halten es für wichtig, hier nicht nachzulassen. Die Herausforderungen bleiben bestehen und werden nicht geringer. Insbesondere in den Bemühungen, die wirtschaftlichen Folgen der Krise zu bewältigen, darf die Klimakrise nicht aus den Augen verloren werden. Das Ziel der Dekarbonisierung sollte unserer Wirtschaft dabei die Richtung weisen. Wir dürfen nicht unter dem Druck der COVID-19-Krise Wege einschlagen, die weitere

Krisen begünstigen. Das Ambitionslevel des European Green Deals muss beibehalten werden. Daher ist es richtig, dass die Kommission am Zeitplan zur Erhöhung der Klimaziele für das Jahr 2030 festhält. Das ist ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zur Klimaneutralität.

Auf Basis der dargelegten Überlegungen sprechen wir uns dringend dafür aus, den Green Deal zeitnah und konsequent umzusetzen. Hier wird die Grundlage für eine gesunde Umwelt und ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum in einem Europa nach der Corona-Krise gelegt. Entscheidungen zum Wohle unserer Umwelt, der nachhaltigen Landwirtschaft und des Klimas kommen uns allen zu Gute.

Mit vorzüglicher Hochachtung,



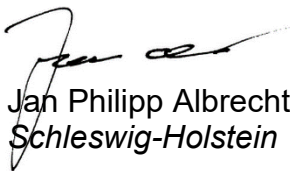
Priska Hinz
Hessen



Prof. Dr. Claudia Dalbert
Sachsen-Anhalt



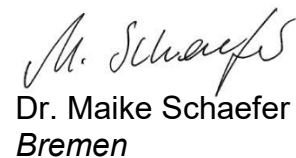
Axel Vogel
Brandenburg



Jan Philipp Albrecht
Schleswig-Holstein



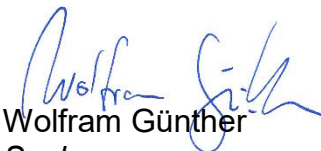
Dr. Dirk Behrendt
Berlin



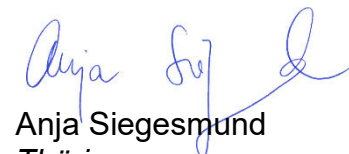
Dr. Maike Schaefer
Bremen



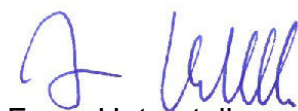
Ulrike Höfken
Rheinland-Pfalz



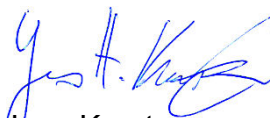
Wolfram Günther
Sachsen



Anja Siegesmund
Thüringen



Franz Untersteller
Baden-Württemberg



Jens Kerstan
Hamburg